

## DIREKTE DEMOKRATIE

Kein Aufschrei unserer Volks-Vertreter kann gewaltiger sein, als wenn sie das Wort „Direktdemokratie“ auch nur von fern anklingen hören. Die schwersten Geschütze werden in Stellung gebracht, solche mit Namen wie „Ausverkaufvondemokratie, Populismuszumopferfallen ...“; dabei geht es ihnen lediglich darum, fette Pfründen zu behalten.

Schließlich ist die derzeitige Position der Politikvertreter jederzeit gefährdet, weil sie nicht in allen Teilen durch das Grundgesetz gedeckt ist. Wir würden uns solche Anteilnahme bei ihnen wünschen, wenn es um Angelegenheiten ginge, die zu unserem Nutzen sind.

Nun muß jede Staatsform unvollkommen sein – ein Grund zu versuchen, sie zu bessern. Unsere derzeitige Demokratie krankt an vielerlei – ein Grund mehr nach Modellen zu suchen, welche Änderungen versprechen.

„Der Mensch ist von Natur aus frei und jedem ändern seiner Gattung gleich. Aber im gesellschaftlichen Zustande ist er es nicht. Der Grund, das Prinzip, der Zweck der Gesellschaft besteht in nichts anderem, als im gemeinen Wohl derer, die sie bilden, die sich in einer mehr oder minder umfassenden Körperschaft vereinen. Ohne diesen Zweck entbehrt die Gesellschaft ihres Grundes. Und da sie nicht allein grundlos ist, wenn dieser Zweck ihr fehlt, und für den Menschen nicht allein unnützlich, sondern nachteilig, wenn sie weiterbesteht, ohne ihn zu verfolgen: so empfiehlt es sich, wird der genannte Zweck nicht erreicht, die Gesellschaft aufzulösen, weil dieselbe an und für sich und ohne Bezug auf jenen Zwecke dem Menschen mehr Schaden als Vorteil, ja selbst nur Schaden bringt.“, meint Giacomo Leopardi in „Von der Freiheit zum Gemeinwohl“ in etwa gleichlautend der Meinung des „Gegenwartsanalytikers“ Robert Kaplan. Freilich können wir dabei nicht auf die Mithilfe derer hoffen, welche die Probleme sehr wohl erkennen, in Folge von politischer Unbeweglichkeit, falscher Rücksicht auf demoskopische Stimmungsbilder, jedoch über das „die Reformfähigkeit der Republik krankt nicht an der Starrheit des Verfassungsrechts, vielmehr ist der Reformwille der Politik nicht hinreichend organisiert.“ nicht hinauskommen, wie aus einem Gesprächskreis der Bun-

desakademie für Sicherheitspolitik zum Thema „Die Reformfähigkeit unserer Demokratie“ in ratloser Nachdenklichkeit verlautet.

**Reformen müssen von unten kommen**, forderte zum 50. Jahrestag des Grundgesetzes die liberale Politikerin Hamm-Brücher und stellte einige der in der repräsentativen Demokratie eingeführten Tatbestände in Frage, die insbesondere auf die oligarchische Nur-Parteien-Demokratie zielten (die sie „Zuschauerdemokratie“ nannte).

Es gibt bereits Ansätze, zu mehr Demokratie zu kommen, die **Stellvertreterdemokratie einzuschränken** und der Politikverdrossenheit – dieser tödlichen Falle für alle demokratischen Gemeinwesen – zu begegnen. So kann man vorhandene NGOs stärken oder sogar gründen und ihren Einfluss auf die bestehenden Machtorganisationen ausdehnen, schließlich ihre Finanzierung bis hin zu Stiftungen fördern. Daraus können mehr partizipatorische Rechte, wie die Stärkung des Petitionsrechtes, Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide, sowie die Einrichtung von institutionalisierten runden Tischen mit Verwaltungen, Parlamentariern und gewählten Abgesandten aus Bürgerinitiativen und Organisationen entwickelt werden.

So weitreichend dies auch ist, genügt es doch nicht, um die Herrschaft von Menschen über Menschen (im Sinne von Jean-Jaques Rousseau) nachhaltig zu begrenzen. Als nächstes wäre ein Schritt in Richtung partizipativer Budgets anzustreben, d. h., dass Teilgebiete städtischer Haushaltsfragen in Bürgerhände gegeben werden, die über Einnahmen, Ausgaben und Investitionen entscheiden. Ähnliche spektakuläre Veränderungen werden zur Zeit in der Verwaltung der Museen angestrebt. In der südbrasilianischen Millionenstadt Porto Alegre werden sie seit mehr als einem Jahrzehnt viel umfassender mit dem Ergebnis effizienter Ausgabenpolitik praktiziert. Mittlerweile haben mehr als 70 Städte dieses Prinzip übernommen, welches nur mit Hilfe der neuen Kommunikationsmittel möglich wurde. Deren Vervollkommnung, die Abstimmungen übers Netz ermöglicht, wird einen weiteren Schub geben.

Schon hat sich – nach den Daten des Genfer Forschungs- und Dokumentationszentrums direkte Demokratie – in einem Jahrzehnt der 90er Jahre die Zahl der nationalen Volksabstimmungen im Vergleich zum vorangehenden Jahrzehnt mehr als verdoppelt. Und schließlich ist der EU-Zusammenschluss ein Musterbeispiel für Mitbestimmung geworden. Jetzt verstärkt sich unsere Aufgabe, diese Erfolge zu erweitern und sie institutionell/politisch abzusichern, d. h., auch sie von rein konsultativem Charakter zu befreien, was auch heißt, sie von einem moralisch-philosophischen zu geltendem positiven Recht zu machen.

Freilich gehört – analog der Entwicklung undemokratischer zu demokratischen Gesellschaften – ein gewisses Maß an Emanzipation der Gesellschaft zur Grundvoraussetzung für direkte Demokratie, ebenso wie stimmige soziokulturelle Bedingungen, d. h., vor allem die Abwesenheit theokratisch-fundamentalistischer-orthodoxer Formen. Daraus wird ersichtlich, dass direkte Demokratie nicht etwa eine allgemein gültige Gesellschaftsform darstellt, sondern dass sie die (derzeit denkbar) bestmögliche Weiterentwicklung von Demokratie bedeutet.

Was ein Einzelner dabei erreichen kann, zeigt uns das berühmte Beispiel Thomas Mayers von der Bürgeraktion „Mehr Demokratie“ Mitte der 90er Jahre in Bayern (wenn auch dort die Bedingungen für Mitsprache günstiger und gängiger sind, als in anderen Bundesländern) mit seinen Erfolgen bei Volksentscheiden. Mittlerweile gibt es zahlreiche solcher Initiativen, wie die omnibus gGmbH in Kempten, die eine „Volksabstimmung über die Volksabstimmung“ fordert. Alle diese Vorschläge laufen im Prinzip darauf hinaus, dass in einer ersten Stufe die Volksinitiative (mindestens 100.000 Unterschriften) einen Gesetzentwurf einbringen kann, in einer zweiten das Volksbegehren (1 Million Unterschriften) einen entsprechenden Volksentscheid darüber fordert, welcher – als dritter Stufe – mit Mehrheit entscheidet. Auf dem Gebiet der direkten Demokratie ist schon sehr viel vorgebracht. Nun sind wir alle aufgefordert, mitzumachen:

# : ANDERS SEIN + BESSER WERDEN

QUERLIEGENDE TEXTE GELTEN NUR ZUSAMMEN MIT QUERBLATT 1 • EINE 1-MANN-AKTION FÜR KRITISCHE GEISTER, FÜR LEMMINGE UNGEEIGNE  
 BEZUG: OT HOFFMANN IM BAUMHAUS, SCHLEIERMACHERSTRASSE 8, 64283 DARMSTADT, TEL: 06151 25980, FAX : 21622, OTHOFFMANN@GMX.DE, WWW.OTHOFFMANN.DE